

**Der
Demografiebericht
des Kreises Ostholstein
2013**

(Datengrundlage 2009-2025)

1. Projektauftrag

Dem Demografiebericht liegt ein Projektauftrag des Landrates zugrunde. Inhalt des Projektauftrages war die Erstellung eines Auftaktberichtes, der im Wesentlichen den Ist-Zustand im Kreis Ostholstein darstellt, Ansätze zukünftiger Auswirkungen beschreibt und erste Vorschläge für Handlungsfelder liefert, bei denen sich ein Handeln aus demografischer Perspektive besonders anbietet.

2. Herangehensweise

Mit Hilfe eines Fragebogens wurden in allen Stabsstellen und Fachdiensten die Handlungsfelder abgefragt, in denen schon gegenwärtig und insbesondere in der Zukunft Auswirkungen des demografischen Wandels zu spüren bzw. zu erwarten sind und zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge reagiert werden sollte. Des Weiteren wurde um eine Einteilung in Handlungsprioritäten, das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen (Kreis, Gemeinde, Bund, Land, Dritte u.a.) sowie das Aufzeigen der Primärzuständigkeit auf dem jeweiligen Handlungsfeld gebeten. Die aufgezeigten Problem- und Aufgabenfelder wurden in Einzelgesprächen mit den Fachdienst- und Fachgebietsleitern tiefergehend erörtert. Im Nachfolgenden werden die gewonnenen Ergebnisse unter Ziff. 3. Projektbericht in verkürzter Form dargestellt.

3. Projektbericht

Einführung

Aufgrund der Komplexität des Themas und aus Gründen der Verständlichkeit stellt der vorliegende Bericht die aus den Fachdiensten ermittelten Handlungsbedarfe verkürzt und zusammenfassend dar. Der demographische Wandel wird sich innerhalb der nächsten 25 Jahre auf nahezu alle Zuständigkeitsbereiche der Kreisverwaltung sowie darüber hinausgehend auf alle Lebensbereiche der Bevölkerung auswirken. Zur Abfederung der zu erwartenden zukünftigen Auswirkungen ist es angeraten, schon heute Weichen zu stellen und infrastrukturelle Planungen entsprechend vorausschauend anzupassen.

In der Kurzvorschau bedeutet der demografische Wandel insbesondere für die Verwaltung voraussichtlich eine Veränderung der Kundenstruktur und erhebliche Fallzahlensteigerungen in vielen Zuständigkeitsbereichen. Es ist zu erwarten, dass besonders im Bereich der sozialen Hilfen und im Gesundheitssektor der Anteil der über 65-Jährigen innerhalb der nächsten 25 Jahre im erheblichen Maß ansteigen wird und damit einhergehend eine Potenzierung der

Fallzahlen erfolgen wird. Sollte sich der gesellschaftspolitische Entwicklungstrend bzgl. sich auflösender familiärer und sozialer Strukturen fortsetzen, wird auch innerhalb dieses breiten Aufgabenspektrums der Verwaltung mit einer Fallzahlensteigerung zu rechnen sein. Diese Entwicklung liefere dementsprechend auch Erwartungen an eine Fallzahlenminimierung auf dem Gebiet der Betreuungen sowie der Untersuchung/Begutachtung von Kindern und Jugendlichen infolge des zu erwartenden Geburtenrückgangs entgegen. Auf diese direkten Auswirkungen des demografischen Wandels sowie Gesetzesveränderungen zur Gegensteuerung auf die Auswirkungen des demografischen Wandels wird die Verwaltung mit organisatorischen Anpassungsmaßnahmen reagieren müssen.

Zu den originären Aufgaben der Verwaltung gehört es, ihre Handlungsmodalitäten fortlaufend den sich in der Entwicklung befindlichen gesetzlichen, gesellschaftlichen und demografischen Vorgaben anzupassen, um ein kundenorientiertes Dienstleistungsangebot vorzuhalten. Aus diesem Grund ist in vielen Tätigkeitsbereichen der Verwaltung eine gezielte Schwerpunktsetzung nicht erforderlich, da eine interne Beschäftigung mit dem Problemfeld zwangsläufig als „Alltagsgeschäft“ zu erwarten ist.

Es ist festzustellen, dass die direkten Steuerungs- und Einwirkungsmöglichkeiten auf die Auswirkungen des demografischen Wandels im großen Umfang anderen Akteuren obliegen (Bund, Land, Gemeinde u.a.). In weiten Bereichen wäre eine Betätigung des Kreises auf die Rolle eines Initiators und Koordinators beschränkt und der Erfolg seines freiwilligen Tätigwerdens abhängig von der Umsetzungsbereitschaft Dritter. In Anbetracht der beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen der Verwaltung kann eine den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich überschreitende Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des demografischen Wandels nur schwerpunktbezogen stattfinden. Als solche Schwerpunkte eignen sich besonders Themenfelder, auf denen der Kreis zumindest in Teilen auch noch eine eigene Zuständigkeit besitzt und daher auf diesen Feldern aus eigener Kraft positive Erfolge erzielen kann sowie möglichst große Synergieeffekte zu erwarten sind.

Das Querschnittsprojekt „Aktionsplan Inklusion“ eignet sich besonders für eine dementsprechende Schwerpunktsetzung. Angestrebte Maßnahmen zur Inklusion werden in unterschiedlicher Intensität weite Bereiche des Zuständigkeitsspektrums der Kreisverwaltung betreffen. Bei deren Ausgestaltung werden voraussichtlich aufgrund der zu erwartenden Alterung der Bevölkerung und einer daraus resultierenden Zunahme der Zahl von körperlich eingeschränkten Mitmenschen immanant auch die Auswirkungen des demografischen Wandels Berücksichtigung finden. Grundlegendes Ziel des „Aktionsplans Inklusion“ ist es, die infrastrukturellen Lebensbedingungen im Kreisgebiet zu verbessern. Um den Auswirkungen des demografischen Wandels zu begegnen, ist eine gleichlautende Zielsetzung erforderlich, so dass durch eine verknüpfte Behandlung der Auswirkungen des demografischen Wandels sowie der Inklusion von behinderten Menschen in die Gesellschaft für beide Themenfelder gleichermaßen erhebliche Synergieeffekte erzielt werden können.

Als weiterer Schwerpunkt bietet sich das Gestaltungsfeld des ÖPNV an, der einen Grundstein für die Mobilität weiterer Bevölkerungsgruppen und eine zentrale Einheit des Infrastrukturangebots des Kreises darstellt. Zentrale Aspekte bei der Gestaltung und Neuausrichtung des ÖPNV unter demografischen Aspekten sind die im Querschnitt zu behandelnden Themenfelder Inklusion und Barrierefreiheit.

Eine Kombination von diesen beiden Schwerpunkten kann zu erheblichen Synergieeffekten in der Projektgestaltung und langfristig zu tatsächlich spürbaren Umsetzungserfolgen führen.

Mit den anzustrebenden infrastrukturellen Verbesserungen in den Bereichen Nahdaseinsvorsorge, Ärzteversorgung, Barrierefreiheit (ÖPNV, Wohnraum, Lebensumfeld), Mobilität, Schule/Kinderbetreuung usw. für Menschen mit Behinderungen werden (un)mittelbar auch positive Synergien für die gesamte Bevölkerung erzielt und ein langfristig attraktiveres Lebens- und Wirtschaftsumfeld geschaffen, welches auch wieder zu Zuwächsen an Familien mit Kindern in den Gemeinden im ländlichen Raum führen kann. Die Ansiedlung von Familien mit Kindern und jungen Menschen muss grundlegendes Ziel sein, um langfristig eine gesunde Altersstruktur im Kreisgebiet zu erreichen und allen Bevölkerungsschichten eine optimale Daseinsvorsorge zu kommen zu lassen. Mit einer Attraktivitätssteigerung in der Fläche ist zu erwarten, dass positive Binnenwanderungstrends und sich gegenseitig positiv beeinflussende Synergien in den Bereichen Daseinsvorsorge, Wirtschaft, Tourismus, Bildung/Kultur etc. ausgelöst werden können. Das Erreichen dieses Ziels hängt von dem Tätigwerden und dem Zusammenspiel vieler Faktoren und unterschiedlicher Akteure auf verschiedenen Ebenen ab, wobei vor allem entscheidende Weichen vom Bund und Land gestellt werden sollten und die Kommunen vor Ort durch das Ergreifen und die Umsetzung von Maßnahmen in hohem Maß aktiv gefordert sein werden.

Datenmaterial

Aus den nachfolgenden graphischen Darstellungen werden in der Gesamtübersicht die allgemeine relative Bevölkerungsentwicklung und die jeweilige Entwicklung nach Altersgruppen im Kreis Ostholstein deutlich. Mit einem Bevölkerungsrückgang von prognostizierten -3,6 % bis 2025 liegt der Kreis Ostholstein relativ weit über dem Landesdurchschnitt von -1,5 %. Bis 2025 ist mit einer deutlichen Verschärfung der Situation in den meisten Gemeinden des Kreises zu rechnen. Eine konstante Entwicklung ist lediglich für Stockelsdorf und Neustadt in Holstein zu erwarten, wobei auch in diesen keine Bevölkerungsgewinne von über 1 % zu erwarten sind. Alle übrigen Gemeinden und Ämter haben mit Bevölkerungsrückgängen zu rechnen; wobei Bosau mit -8 % den höchsten Rückgang zu erwarten hat. Der Trend des überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückganges im nördlichen Kreisgebiet nimmt verstärkt zu.

Aus den graphischen Darstellungen zu den relativen Bevölkerungsentwicklungen nach Altersgruppen wird der Trend eines generellen Rückgangs in den Altersgruppen der unter

20-Jährigen und der 20- bis 64-Jährigen besonders deutlich. Auffällig ist die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen räumlichen Teilgebieten und dass die Zahlen bei den unter 20-Jährigen noch erheblicher zurückgehen als die der 20- bis 64-Jährigen. Überdurchschnittliche Verluste in der Altersgruppe der unter 20-Jährigen von über 20 % sind für Oldenburg-Land, Ahrensböck und Bosau zu erwarten. Verhältnismäßig gut stehen mit Rückgängen von 10-11 % noch Stockelsdorf, Timmendorfer Strand und Eutin da. Ähnlich sieht die Situation auch bei den 20- bis 64-Jährigen aus. Bei den über 65-Jährigen ist ohne Ausnahme ein Anstieg festzustellen, wobei Süsel den höchsten Zugewinn aufweist und auch Stockelsdorf und Neustadt einen Zugewinn von über 20 % erwarten. Abweichend davon ist die Entwicklung in Timmendorfer Strand (+2 %) und mit einer Zunahme von +7-9% die Entwicklung in Heiligenhafen, Grömitz und Scharbeutz.

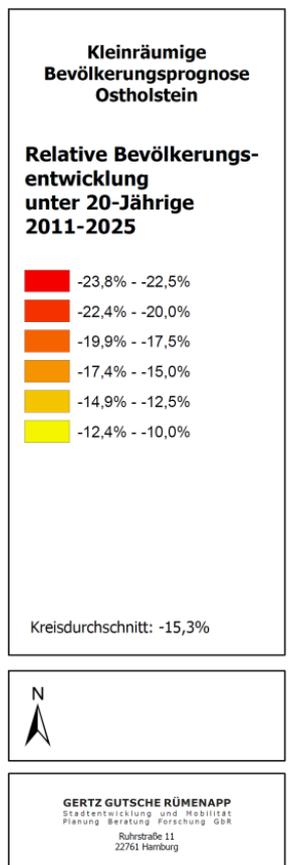
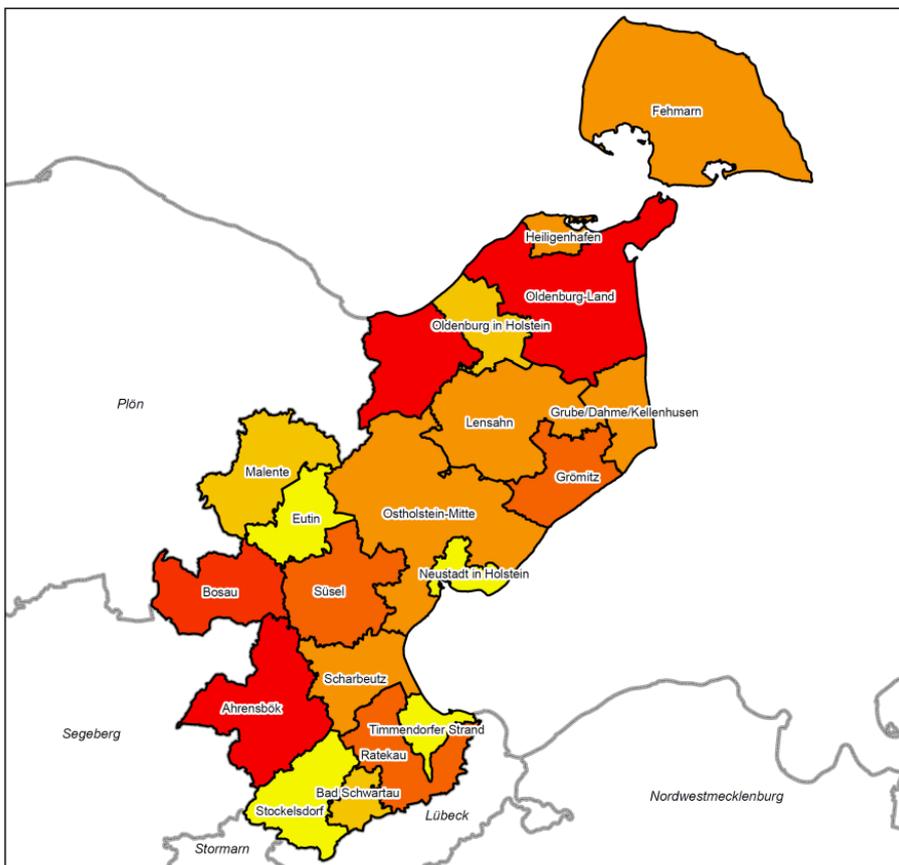
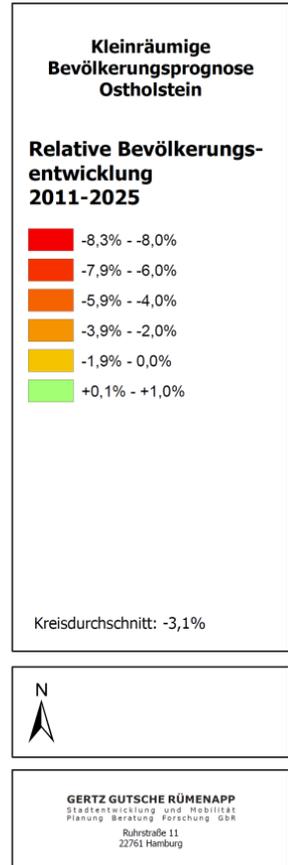
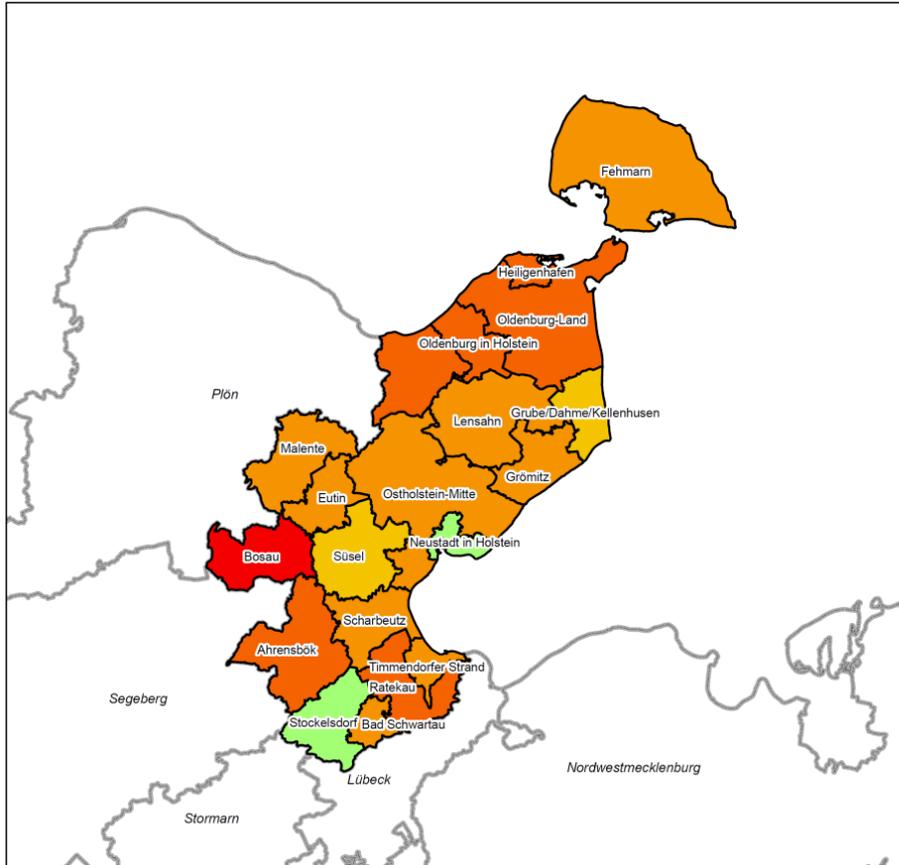
Eckzahlen der Landesprognose

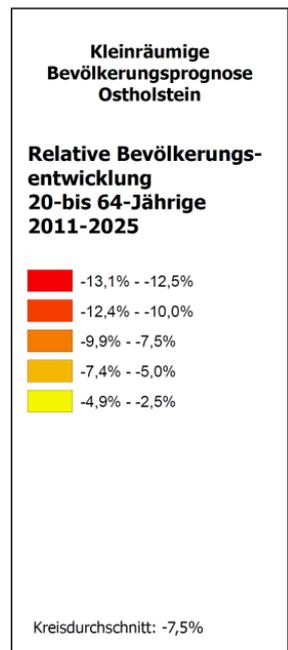
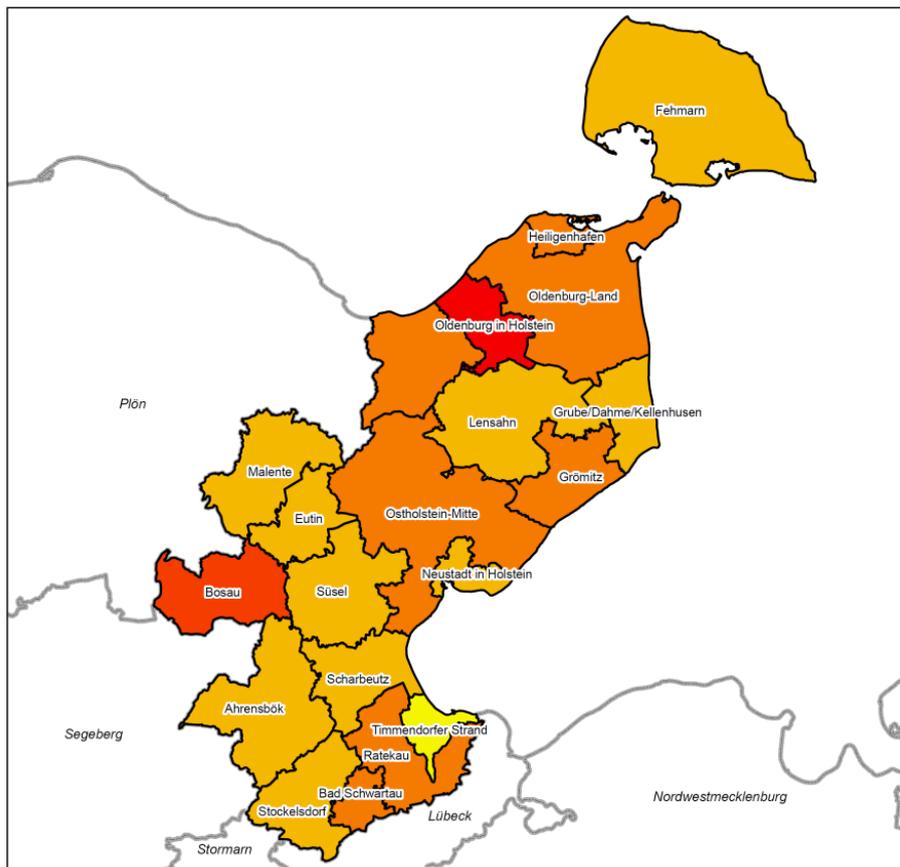
	Kreis Ostholstein (2009-2025)	Land Schleswig- Holstein (2009- 2025)
Bevölkerungsentwicklung (absolut / relativ) Basisjahr (2009) 2025	-7.418 / -3,6 % 204.948 197.530	-1,5 %
dabei		
Saldo d. natürliche Entwicklung 2009-2025	-23.450	
Wanderungssaldo 2009-2025	+16.020	
Entwicklung der Altersgruppen		
Basisjahr	2009	
0 bis unter 21 Jahre (absolut / Anteil an Gesamt)	36.790 / 18 %	
21 bis unter 65 Jahre (absolut / Anteil an Gesamt)	116.140 / 57 %	
65 Jahre und älter (absolut / Anteil an Gesamt)	52.020 / 25 %	
2025		
0 bis unter 21 Jahre (absolut / Anteil an Gesamt) (absolute / relative Veränderung vs. Basisjahr)	27.190 / 14 % (-9.600 / -26 %)	(-17 %)
21 bis unter 65 Jahre (absolut / Anteil an Gesamt) (absolute / relative Veränderung vs. Basisjahr)	104.430 / 53 % (-11.710 / -10 %)	(-5 %)
65 Jahre und älter (absolut / Anteil an Gesamt) (absolute / relative Veränderung vs. Basisjahr)	65.920 / 33 % (+13.900 / +27 %)	(+21 %)

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus
Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Bevölkerungsvorausberechnung für die
Kreise und Kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins bis 2025 – Bericht AI8-2011S vom 21.04.2011

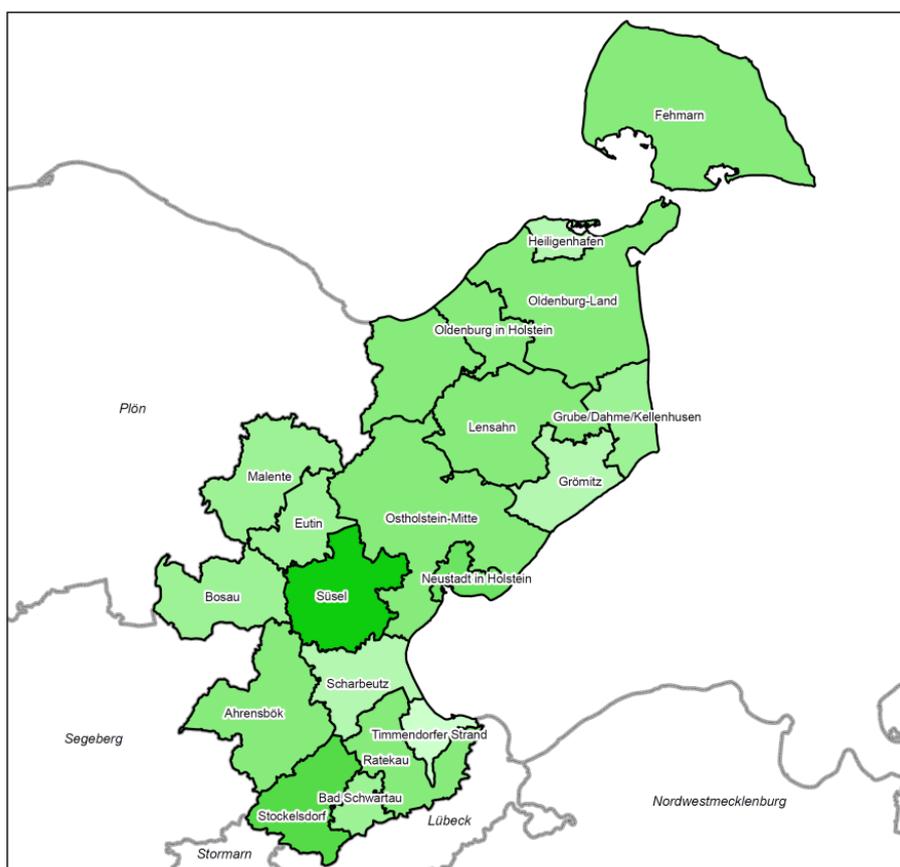
Quelle: Kleinräumige Bevölkerungsprognose Ostholstein; Gertz, Gutsche, Rümenapp Stadtentwicklung und
Mobilität Planung Beratung Forschung GbR

Relative Bevölkerungsentwicklung 2011-2025



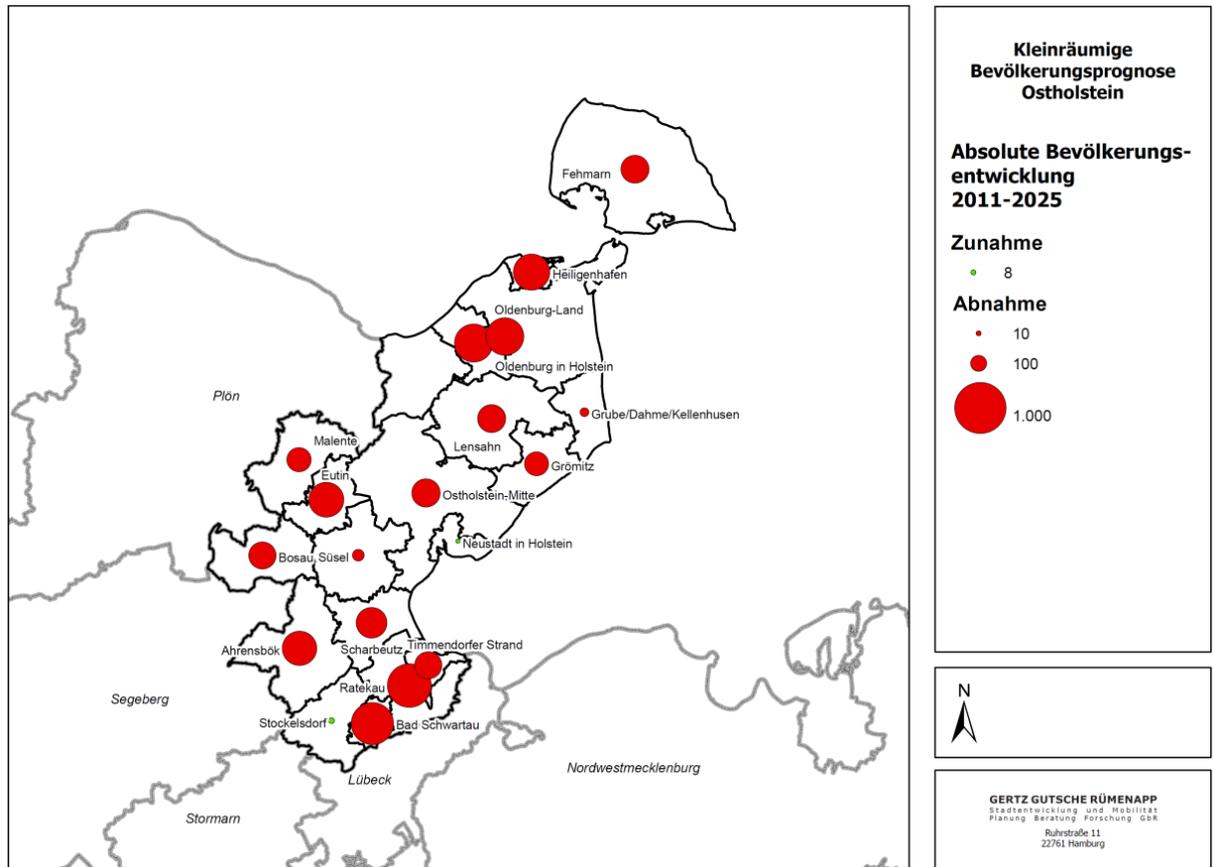


GERTZ GUTSCHE RÜMENAPP
 Stadtentwicklung und Mobilität
 Planung Beratung Forschung GbR
 Ruhstraße 11
 22761 Hamburg

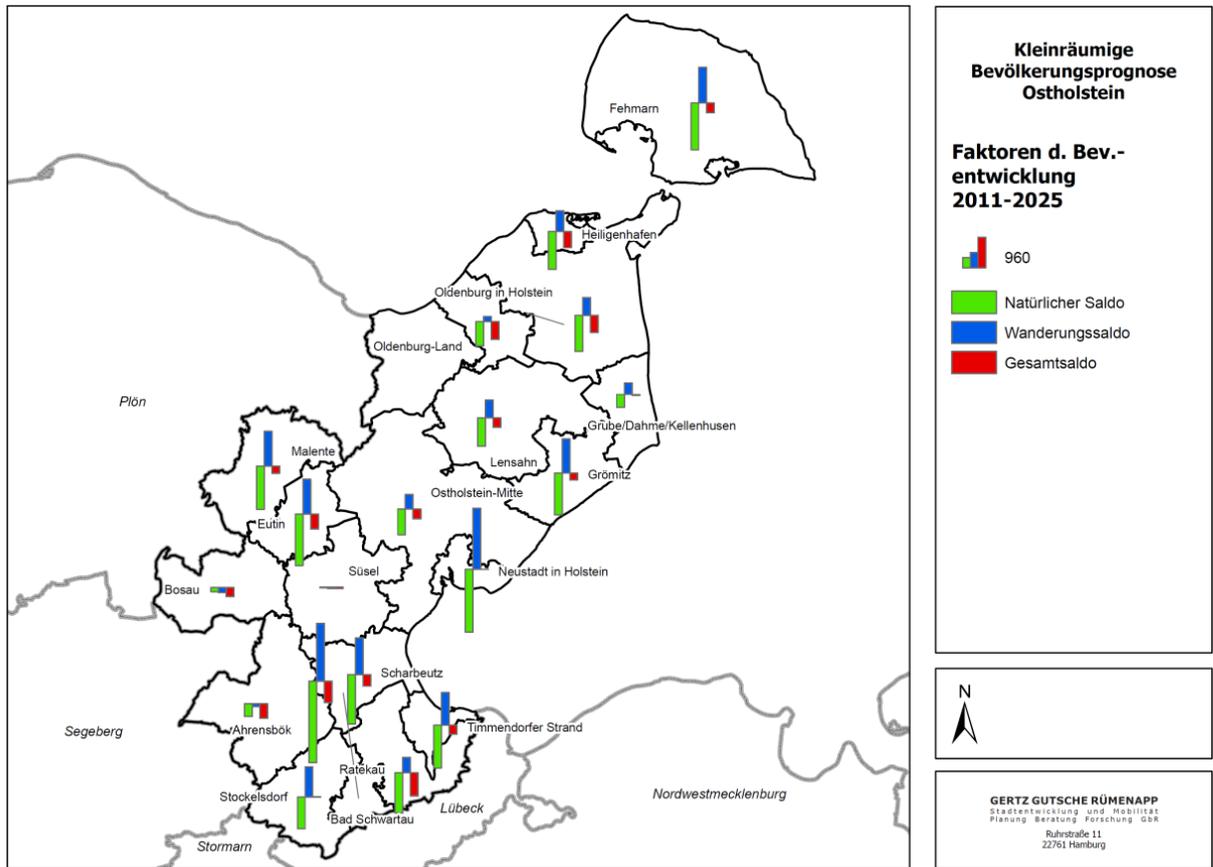


GERTZ GUTSCHE RÜMENAPP
 Stadtentwicklung und Mobilität
 Planung Beratung Forschung GbR
 Ruhstraße 11
 22761 Hamburg

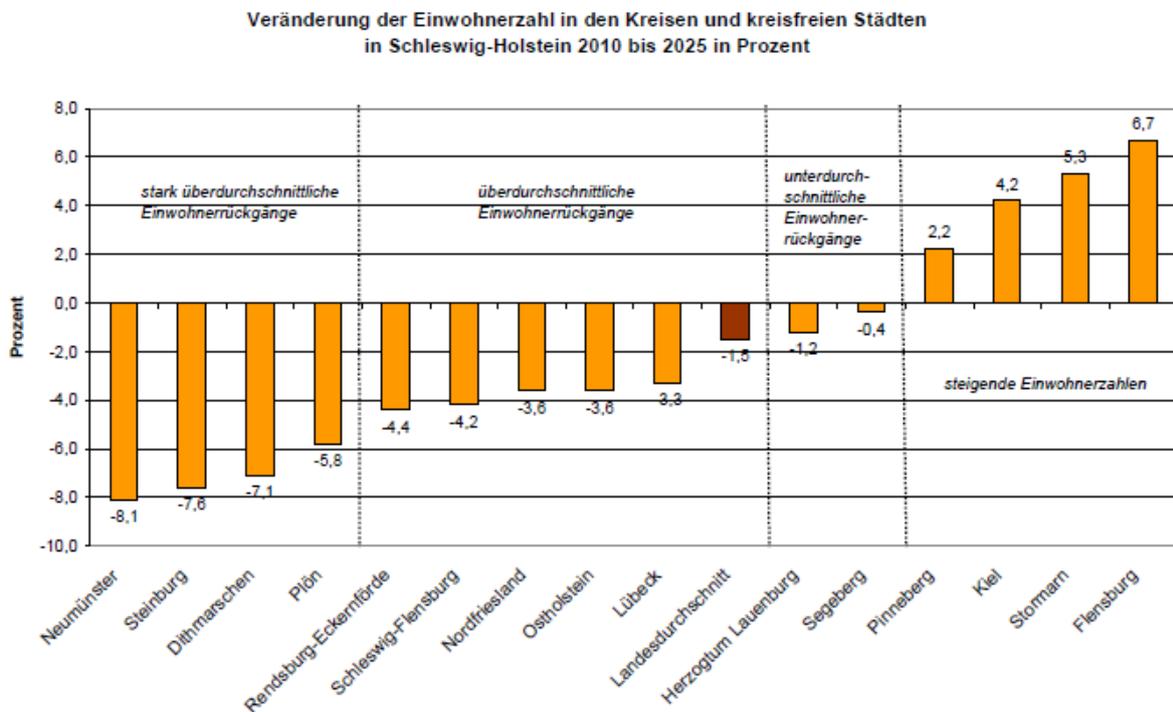
Absolute Bevölkerungsentwicklung und Faktoren der Bevölkerungsentwicklung 2011-2025



Quelle: Kleinräumige Bevölkerungsprognose Ostholstein; Gertz, Gutsche, Rügenapp Stadtentwicklung und Mobilität Planung Beratung Forschung GbR



Quelle: Kleinräumige Bevölkerungsprognose Ostholstein; Gertz, Gutsche, Rügenapp Stadtentwicklung und Mobilität Planung Beratung Forschung GbR



Quelle: Innenministerium SH, Landesplanung, Einwohnerentwicklung in SH 2010-2025

Kreisverwaltung

In den nächsten 20 Jahren werden ca. 64,07 % der Beschäftigten der Kreisverwaltung in den Ruhestand wechseln, womit die interne Verwaltungsstruktur von den Auswirkungen des demographischen Wandels spürbar betroffen sein wird. Besondere Probleme werden im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft und anderen Verwaltungseinheiten um Fachkräfte in den Bereichen der Ingenieure, Lebensmittelkontrolleure und Ärzte auf die Verwaltung zu kommen. Zu bedenken ist, dass die finanziellen Spielräume zukünftig aufgrund steigender Pensionsausgaben immer enger werden und im Gleichschritt mit zu erwartenden sinkenden Einwohnerzahlen auch eine Verminderung der Mittelausstattung des Kreises einhergehen wird. Die Herausforderung der Durchführung von erheblichen Personalgewinnungs- und –erhaltungsmaßnahmen gilt es bei gleichzeitig steigenden Fallzahlen und Aufgabenverdichtung sowie ansteigender Mittelknappheit zu meistern.

Der Personalbericht 2012 des Kreises stellt umfassend die verwaltungsinterne demographische Entwicklung sowie die fortlaufenden Maßnahmen zur Personalgewinnung (Ausbildungsmaßstäbe, Einstellungsvoraussetzungen, finanzielle Anreize, Standortvorteile, Aufstiegschancen) dar und zeigt Strategieentwicklungen des zuständigen Fachdienstes 0.10 im Bereich der Personalerhaltung und –gewinnung (bewegte Mittagspause, Gesundheitstag, Fortbildung „wertschätzende Kommunikation“) auf.

Auch intern hat sich die Kreisverwaltung fortlaufend mit der Überprüfung der Barrierefreiheit der Kreisverwaltungsgebäude und seiner Einrichtungen zu beschäftigen und neue Erkenntnisse bei der Beurteilung zu berücksichtigen. Entwicklungsbedarfe bestehen auch bei der Gestaltung von Antragsformularen und im Schriftverkehr (einfache Sprache) sowie in der barrierefreien Gestaltung von Informationsmedien.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und insb. bei der Einbeziehung neuer Medien sowie des Internets werden fortlaufende Anpassungen und Erneuerungen anstehen, um einen zeitgemäßen Außenauftritt des Kreises sowie eine ansprechende Kundenbetreuung zu gewährleisten. Benutzerfreundlichkeit und Barrierefreiheit stehen auch hier im Mittelpunkt.

Fachkräftemangel und Wirtschaft

Der Fachkräftemangel stellt nicht nur intern für die Verwaltung im Rahmen der Gewinnung von Nachwuchs- und Fachkräften eine Herausforderung dar, sondern wird unausweichlich die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit betreffen. Konsequenz wird die Verschärfung des Wettstreits um potentielle Bewerber und die Anwerbung von ausländischen Fachkräften sein. Besonders gravierend wird sich der Fachkräftemangel in den Bereichen darstellen, in denen schon heute ein Fachkräftemangel besteht. Dies gilt insb. für den Gesundheitssektor (Pflege, Therapie, Ärzteversorgung), in welchem darüber hinaus auch zukünftig mit weiter steigenden Bedarfen zu rechnen ist. Akzente könnten durch eine Ausdehnung der Willkommenskultur in der Gesellschaft, der Wirtschaft und in der Verwaltung des Kreises

geschaffen werden. Beispielsweise genannt seien die Sensibilisierung der Mitarbeiter, die Einrichtung der Stelle eines Integrationsbeauftragten, Migrationssozialberatung und Willkommenskampagnen. Die Gewinnung von ausländischen Fachkräften zur Deckung des Bedarfes in Heimen, Krankenhäusern, Wirtschaft und Tourismus ist neben der fortlaufenden Qualifizierung der ostholsteinischen Nachwuchskräfte durch Schule und sonstige Bildungs- und Ausbildungsangebote essentiell, um den Wirtschaftsstandort Ostholstein zu stärken und in der Konsequenz wiederum positive Anreize für einen auswärtigen Zuzug in unsere Region zu setzen. Wichtige Aspekte für eine verstärkte Fachkräftegewinnung aus dem Ausland sind Regelungen zum erleichterten Zuzug, der Anerkennung ausländischer Abschlüsse und bedarfsgerechter Integrationskurse, auf welche die Kommunen durch eine Willkommenskultur und den Einsatz von ehrenamtlichen „Willkommens“-lotsen aufbauen können. Diese Maßnahmen liegen jedoch in weiten Teilen außerhalb der Zuständigkeit des Kreises.

Erkannt als langfristige Zielsetzung ist mittels einer Querschnittsprävention die Zahl der Leistungsempfänger im Bereich der Grundsicherung zu minimieren. Dies kann jedoch nur durch ein breit angelegtes Bündnis im Bereich Bildung, Jobcenter und Wirtschaft gelingen. Auf allen Ebenen ist die Gesellschaft gefordert, Bildung, Ausbildung und die Ausübung einer Erwerbstätigkeit unterschiedlicher Qualifikation zu fördern. Genannt sei auch die Möglichkeit, das Beratungsangebot des Kreises um eine präventive Schuldnerberatung zu erweitern.

Schule, Bildung und Kultur

Mit dem Kreisschulentwicklungsplan wird in regelmäßigen Abständen auf die prognostizierten sinkenden Schülerzahlen und die daraus zu ziehenden Konsequenzen für einige Schulstandorte hingewiesen. Ziel ist es, ein bedarfsgerechtes Angebot unter Berücksichtigung der Schularten und dem Gesichtspunkt der Erreichbarkeit dauerhaft zu gewährleisten. Weitere Themen in diesem Bereich sind die fortschreitende Inklusion von Kindern mit Behinderungen und der Ausbau der Barrierefreiheit in allen Querschnittsbereichen.

Gemeinsames Ziel der Gemeinden und des Kreises muss es sein, einen Abwanderungsstopp – insbesondere von Familien und jungen Menschen – sowie Familienzuzug in den Gemeinden zu erreichen. Wegweisend können kommunale Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Gemeinden durch Ausbau der Infra- und Daseinsvorsorgestruktur beispielsweise auf dem Gebiet der Ärzteversorgung, im Dienstleistungssektor, anhand von Mobilitätskonzepten sowie Bildungs- und Betreuungsangeboten sein.

Ein besonderes Augenmerk sollte auf einer zukunftsfähigen und finanzierbaren Planung im ÖPNV sowie der Entwicklung weiterer Mobilitätskonzepte liegen. Die Bedarfsdeckung im

ÖPNV steht im engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Schülerzahlen, dem vorgehaltenen Ganztagsangebot sowie den daraus resultierenden Zeiten des jeweiligen Schulschlusses und wird auch zukünftig in weiten Teilen nicht die davon abweichenden Vorstellungen der Restbevölkerung abdecken können. Die Schließung von Schulstandorten aufgrund des prognostizierten Rückgangs der Schülerzahlen wird erhebliche Auswirkungen auf die Finanzierbarkeit und Vorhaltung der Linienverkehre des ÖPNV und damit auch auf die übrigen Nutzergruppen (insb. Senioren und Menschen mit Behinderungen) haben. Insbesondere für diese Benutzergruppen gilt es neue Mobilitätskonzepte zu entwickeln und eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Daseinsvorsorgestruktur zu ermöglichen.

Der kulturelle Sektor wird sich verstärkt auf einen Wandel seiner Benutzergruppen einstellen müssen. VHS, Musikschule, Stiftungen und Museen werden aufgrund des Geburtenrückgangs einen Rückgang in der jungen Nutzergruppe zu verzeichnen haben und ihr Angebot an die steigenden Bedarfe und Trends im Bereich der über 65-Jährigen anpassen müssen; z.B. Musikgeragogik und lebenslanges sowie generationenübergreifendes Lernen. Gleichzeitig gilt es aber auch junge Nutzergruppen an sich zu binden, um allen Kindern und Jugendlichen gleichwertige Bildungschancen und Teilhabemöglichkeiten am Bildungsangebot zu bieten. Die Sicherung eines Zugangs durch ÖPNV zu einem guten kulturellen Angebot fördert u.a. den Familienzuzug und trägt in der Folge aktiv zur Attraktivitätssteigerung der Gemeinden in der Fläche bei und ist somit auch Motor für Wirtschaft und Entwicklung.

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Bildungsalltag wird in den nächsten Jahren noch verstärkt Verwaltungskompetenz in den verschiedenen Fachdiensten binden (Soziales, Gesundheit). Die Entwicklung der Förderzentren bleibt abzuwarten; ein Ausbau integrativer Maßnahmen für SchülerInnen mit sonderpädagogischen Förderbedarf in Regelschulen ist wahrscheinlich.

Die Umsetzung des Bildungspakets ist ein erster Schritt, um bildungsferne Schichten die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und den Zugang zu bildungsrelevanten Angeboten zu eröffnen. Kooperationsausbau, Förderung der Schulsozialarbeit und ein verstärktes Netz an außerschulischer Lernförderung insbesondere auf gemeindlicher Ebene ist von elementarer Bedeutung und bedarf langfristig der weiteren Koordination und Stärkung. Insbesondere die Schulsozialarbeit stellt ein wichtiges Instrument dar, um sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler den Zugang zu Bildung und Teilhabe zu ermöglichen, deren Persönlichkeitsentwicklung zu fördern sowie Sozialkompetenzen zu stärken und somit zumindest im Bestand zu sichern und auszubauen.

Auch mit dem Kita-Entwicklungsplan verfolgt die Verwaltung die demografische Entwicklung im Bereich der Geburtenzahlen und gibt den Trägern eine Grundlage für eine vorausschauende Planung und Anpassung an zukünftige Bedarfe. Gestaltungsfelder für eine bessere Versorgungssituation sind hier Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderungen, zur Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes der/des Erzieherin/s sowie

zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexiblere Öffnungszeiten und Urlaubsbetreuungen sowie Finanzierungsregelungen.

Betreuungen/Amtspflegschaften/Amtsvormundschaften

Der in den letzten Jahren zu verzeichnende Trend von steigenden Fallzahlen im Bereich der Betreuung wird infolge der Aufgabenerweiterung durch Gesetzesänderung weiter zunehmen.

Jahr	lfd. Betreuungen am 01.01.	Neufälle gesamt
1992	760	ca. 318
1993	924	ca. 246
2009	4.045	ca.1.200
2010	4.150	ca. 1.250
2011	4.337	ca. 1.260
2012	4.538	ca. 1400
2013	4.666	

Ebenfalls ist eine Fallzahlensteigerung im Bereich der bestellten Amtspflegschaften und Amtsvormundschaften zu erwarten. Im Bereich der Beistandschaften und der gesetzlichen Vormundschaften ist hingegen tendenziell ein leichter Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen.

Entscheidenden Einfluss auf die Aufgabenentwicklung nehmen neben den Bevölkerungsentwicklungszahlen in diesem Bereich vielmehr gesellschaftliche Entwicklungen (Trennungsraten, Anzahl der Alleinerziehenden, berufliche und gesellschaftspolitische Situation der Alleinerziehenden), die schwer prognostizierbar sind und von bundes- und landesgesetzlichen Steuerungsmechanismen abhängig sind.

Senioren und Gesundheit

Schon heute ist ein Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Altenhilfe und allen damit verknüpften Aufgabengebieten festzustellen. In Anbetracht der zu erwartenden demografischen Entwicklung im Kreisgebiet ist auf diesem Aufgabengebiet in allen Bereichen mit einem starken Anstieg der Fallzahlen und ggf. auch mit Aufgabenerweiterungen zu rechnen. Besonders augenfällig ist in diesem Bereich, dass es zu einer Verbesserung der Lebenssituation von (hilfebedürftigen) Senioren des Zusammenwirkens vieler verschiedener Akteure inner- und außerhalb der Verwaltung bedarf und verschiedene Zuständigkeitsfelder der Verwaltung betroffen sind.

Das Ziel des Ausbaus der ambulanten Pflegeplätze steht im engen Zusammenhang mit der Verwirklichung von neuen Wohn- und Betreuungskonzepten, der Schaffung von Barrierefreiheit auf allen Ebenen und einer angedachten verwaltungsinternen

Umstrukturierung und Neuorganisation, um eine effiziente Bearbeitung bei zunehmender Verlagerung der Fallzahlen von vollstationären zu ambulanten Fällen zu gewährleisten.

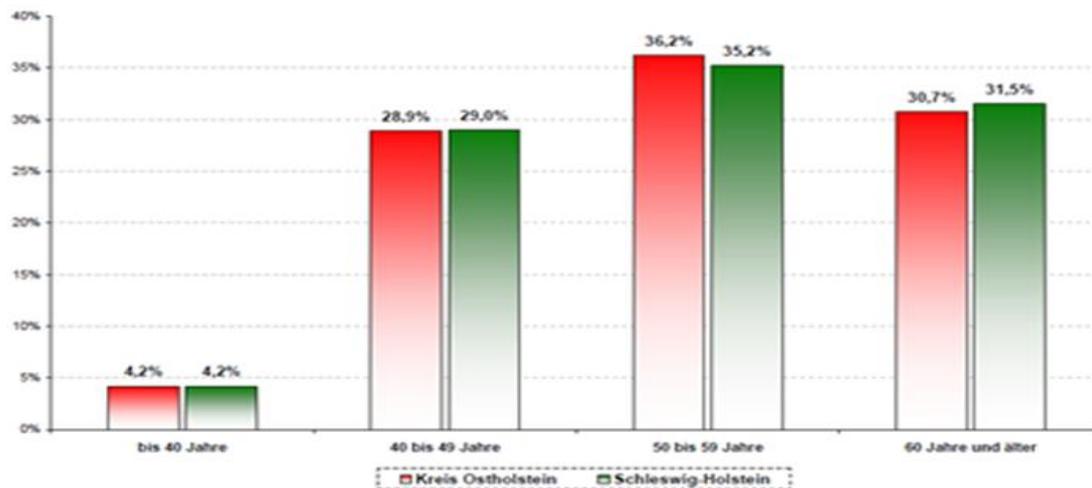
Aber auch Hilfs- und Präventionsangebote stellen einen wichtigen Entwicklungspfeiler dar. Von Bedeutung für eine Verminderung pflegebedürftiger Fälle und somit einer langfristigen Kostenreduzierung der öffentlichen Systeme wäre ein Ausbau der präventiven Altenarbeit. Nur beispielhaft seien der Ausbau von Pflegestützpunkten zu Kreissenorenbüros, tiefergehende Vernetzung mit der Zukunftswerkstatt Demenz, (ehrenamtliche) Unterstützungsangebote und geistige sowie körperliche Fitnessangebote präventiver Art genannt.

Ebenfalls ist der sich andeutende Fachkräftemangel im Bereich der Pflege und der Ärzteversorgung angesichts der Prognose von steigenden Pflegefallzahlen als Problemfeld aufzuführen.

In den Bereichen der ambulanten und stationären ärztlichen Versorgung werden in den nächsten 25 Jahren demografiebezogene Auswirkungen spürbar werden; zum Teil werden diese bereits heute insbesondere im Bereich der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum spürbar. In Ostholstein wird die Zahl der über 65-Jährigen von 2009 mit 52.020 Menschen bis 2025 voraussichtlich um 27 % auf 65.920 Menschen ansteigen. Im gleichen Zeitraum wird die Gesamtbevölkerung um 3,6 % abnehmen. In der Folge werden die Fallzahlen im Bereich der altersbedingten Erkrankungen (Demenz, Diabetes, Schlaganfall, Herzinfarkt) deutlich zunehmen und insgesamt zu einer erheblichen Erhöhung der Arbeitsbelastung - insb. der Hausärzte - in diesem Bereich führen. Erschwerend kommt hinzu, dass mit Stand Januar 2012 der Anteil der über 50 jährigen Hausärzte im Kreis Ostholstein bei 66,9 % lag und somit in den nächsten 20 Jahren ein gravierender Umbruch personeller Art erfolgen wird. Es ist fraglich, ob in Anbetracht dieser hohen Quote ausscheidender Ärzte und bei ggf. stagnierenden Absolventenzahlen von Medizinern die entstehenden Lücken vollständig gefüllt werden können. Ein Fachkräftemangel ist in ähnlichem Umfang auch im Bereich des Pflegepersonals im Krankenhaus und im Bereich der ArzthelferInnen zu erwarten.

In seiner Zuständigkeit betroffen ist der Kreis Ostholstein unmittelbar im Bereich des Rettungsdienstes und der damit verbundenen Vorhaltung von Notärzten sowie lediglich sekundär im Bereich der stationären Versorgung.

Altersstruktur - Hausärzte im Kreis OH und in SH



Quelle: KVSH, Stand: 13.01.2012

Die sich abzeichnende steigende Zahl von Eignungsuntersuchungen bzgl. der Fahrerlaubnis von Senioren wird in Anbetracht des Anstiegs des Anteils der über 65-Jährigen auf über 33 % im Jahr 2025 an der Gesamtbevölkerung weiter zunehmen. Neben internen Anpassungsmaßnahmen ist die Anschaffung eines verbesserten Testgeräts zur Effizienzsteigerung angedacht.

Fallzahlenentwicklung: Eignungsuntersuchung Fahrerlaubnis:

2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
16	15	32	33	27	24	25	38	22 (bisher)

Trotz sinkender Geburtenrate lässt sich momentan in den Bereichen der kinder- und jugendärztlichen Untersuchungen und Begutachtungen kein Rückwärtstrend feststellen. Vielmehr führt ein sich wandelndes Erkrankungsspektrums sowie ein fortlaufender Bedarf nach Begutachtungen im Bereich von Schulbegleitung zu einem Anstieg der Fallzahlen.

Rettungsdienst

Mit dem prognostizierten Anstieg in der Bevölkerungsgruppe der über 65-Jährigen werden voraussichtlich auch typische altersbedingte Erkrankungen ansteigen und somit zur Fallzahlensteigerung auf dem Gebiet des Rettungsdienstes, aber auch im Bereich der notwendigen Behandlungen beitragen. Dementsprechend ist aufgrund der Steigerung der Vorhaltung auch mit einem erhöhten Personalmehrbedarf zu rechnen. Die Gewinnung von Fachpersonal (Notärzte und Rettungsanitäter/Rettungsassistenten/Notfallsanitäter im

Bereich des Rettungsdienstes und von Fachärzten, Arzthelfern/innen, Pflegepersonal im ambulanten und stationären Bereich) wird sich zunehmend schwieriger gestalten. Im Rahmen seines Sicherstellungsauftrages könnte der Kreis vom Ärztemangel bei der Gewinnung von Notärzten betroffen sein. Die gegenwärtigen 8 Rettungswachenstandorte, wovon 6 (5) gleichzeitig Notarztstandorte sind, werden zur Einhaltung der gesetzlichen Hilfsfrist auch zukünftig ausreichen.

Menschen mit Behinderungen

Im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen wird mittelfristig eine Zunahme von Menschen (insb. mit geistiger) Behinderung stattfinden, die über 65 Jahre alt sind. Es gilt neue tagesstrukturierende Beschäftigungsangebote nach Ausscheiden aus dem Arbeitsleben und Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Auf die Wünsche der Behinderten ist trotz des Grundsatzes der Vorrangigkeit der ambulanten Wohnform Rücksicht zu nehmen.

Weitere mit der demografischen Entwicklung zusammenhängende Themenpunkte sind die Inklusion in Schule und Gesellschaft sowie die Schaffung von Barrierefreiheit auf allen Ebenen (ÖPNV, Schule/Bildung, öffentliche Wege/Einrichtungen, Wohnen und Betreuung, u.a.).

Wegebau /Tourismus und Wohnungsbau

Eine leichte Fallzahlensteigerung ist im Zusammenhang mit dem Tourismus und der Erschließung von Naherholungsflächen sowie allgemein im Wegebau zu erwarten und zwar insb. um deren barrierefreien Ausbau zu ermöglichen.

Bei Betrachtung der Zahlen des Berichts „Zensus 2011 – Gebäude und Wohnungen“ des statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein zum Gebäudebestand in Ostholstein ist auffällig, dass der Anteil der Einfamilienhäuser und die Grundwohnfläche pro Person sehr hoch sind. Gleichzeitig ist der überwiegende Anteil am Gebäudebestand energetisch sowie auch altersbedingt sanierungsbedürftig. Problematisch ist, dass insbesondere der große Anteil von älteren Hauseigentümern nicht über die finanziellen Möglichkeiten für eine entsprechende Sanierung verfügt bzw. diese für ihn nicht zwingend rentabel ist. Gleichzeitig setzt ein tendenzieller Werteverfall für Häuser auf dem Land ein, der konträr zu den früheren Planungen einer finanziellen Alterssicherung durch ein Eigenheim läuft. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass besonders der Bedarf nach (barrierefreien) Singlehaushalten sowie ambulanten Versorgungsmöglichkeiten weiter anwachsen wird. Kommunen sollten ihre Planungen an die absehbare demografische Entwicklung anpassen, um mittel- und langfristig Leerstände und Schrumpfungsprozesse zu vermeiden. In Anbetracht eines Überbedarfs an Einfamilienhäusern auf dem Land könnte sich die Ausweisung neuer

Baugebiete für Einfamilienhäuser unter Umständen mittel- bis langfristig als eine Fehlplanung herausstellen.

Mobilität

Das Querschnittsthema Mobilität ist mit einer Vielzahl von Lebensbereichen eng verquickt. Demzufolge sind unter den Aspekten der Finanzierbarkeit, einer möglichst weitflächigen Mobilitätsstruktur, abnehmender Schülerzahlen, des Abbaus von wohnortnahen Dienstleistungsangeboten neue Mobilitätswege (Bürgerbusse, private Pendlerportale, Eventbusse, Mitnahme-/Mitbringservice) zu erschließen und der Anrufbus flächendeckend unter intensiver Beteiligung der Kommunen und lokaler Dienstleistungserbringer auszubauen. Im kommunalen Bereich kann ein kleinteiliges Mobilitätsmodell langfristig nur Erfolg haben, wenn vor Ort aktiv an der Bewerbung, dem Aufbau und der Nutzung mitgewirkt wird. Mobilität garantiert den Zugang zu Bildung und kulturellen Angeboten, zu Ausbildung und Beruf, zur Gesundheitsvorsorge, zu Dienstleistungen aller Art sowie zu Mittel- und Großzentren mit größeren Infrastruktureinheiten. Dies gilt insb. für alle Bevölkerungsgruppen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind (Behinderungen jeder Art, Senioren, Familien), so dass langfristig ein Höchstmaß an Barrierefreiheit z.B. durch den flächendeckenden Einsatz von Niederflurbussen und barrierefreien Haltestellen erreicht werden sollte.

Soweit ein ausreichendes Mobilitätssystem nicht umfassend aufrechterhalten werden kann, sollte die Kommune zur Attraktivitätssteigerung sowie zur Erhaltung der Lebensqualität und der Dorfgemeinschaft die Möglichkeit der Einrichtung eines Dienstleistungsservicesystems (Markttreff, Lieferservice, Mitbringservice etc.) prüfen, um Abwanderungs- und Schrumpfungsprozesse zu vermeiden.

Wasserversorgung und -entsorgung sowie Abfallentwicklung

Im Bereich der Wasserversorgung und -entsorgung werden für den ZVO und die Gemeinden leichte Einflüsse des demografischen Wandels spürbar werden. Dies wird sich insbesondere in einem an die demografische Entwicklung angepassten Sanierungsbedarf des kommunalen Abwasserkanalsystems widerspiegeln. Die Abfallentwicklung bleibt abzuwarten. Allgemein könnte jedoch durch eine verstärkte Förderung des Umweltbewusstseins in der Schule und im gesellschaftlichen Leben sowie durch ein geändertes Verbraucherverhalten Einfluss auf die Müllentwicklung genommen werden.

Feuerwehrwesen

Auch auf das Feuerwehrwesen im Kreisgebiet mit 135 Standorten und derzeit 3.745 aktiven Feuerwehrleuten kommen im Rahmen der Nachwuchsgewinnung große Herausforderungen zu, um die Einhaltung der Hilfsfristen zu garantieren und die bestehenden Standorte zu erhalten. Der momentane Altersdurchschnitt liegt bei 40,2 Jahren. Zu denken sind an verstärkte Werbemaßnahmen zur Mitgliedergewinnung; insb. im Bereich der Frauen und Kinder/Jugendlichen. Momentan werben 40 Jugendfeuerwehren mit 804 aktiven Mitgliedern um weitere Nachwuchskräfte. Deren Zahl stagniert momentan und in Anbetracht einer sinkenden Geburtenrate ist tendenziell mit einem weiteren Rückgang zu rechnen. Der prozentuale Anteil von Frauen hat sich in den letzten 5 Jahren nur leicht von 9,08 % auf 9,93 % erhöht.

Ehrenamt

Die Stärkung des Ehrenamts und der Vereinskultur ist sowohl aus bildungsrelevanten sowie gesundheitspräventiven Gesichtspunkten als auch aus dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Gemeindestrukturen von immenser Bedeutung. Das Feuerwehrwesen sowie auch weite Teile des sozialen und gesellschaftlichen Lebens hängen vom Engagement ehrenamtlich tätiger Mitbürgerinnen und Mitbürger ab. Es gilt besonders die sogenannten „bestagers“ für eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Fläche zu gewinnen. Davon profitieren durch geistige und körperliche Herausforderung im Ehrenamt sowohl die ehrenamtlich Tätigen als auch die gesellschaftlichen Standorte des Gemeinwesens im Flächenkreis.

4. Fazit

Die Verwaltung ist sich der aus dem demografischen Wandel erwachsenden Herausforderung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten unter erschwerten haushaltstechnischen Bedingungen bewusst. Soweit die Auswirkungen in den eigenen Zuständigkeiten spürbar sind und zukünftig spürbar werden, wird die Verwaltung entsprechende (organisatorische) Maßnahmen im Abhängigkeit zu den personellen und finanziellen Ressourcen ergreifen, um Fallzahlensteigerungen abzufedern, und strategische Lösungsansätze ggf. in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen und politischen Akteuren zu finden. Ziel muss es sein, flächendeckend ein attraktives Wohn-, Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsumfeld zu schaffen, um für Familien und junge Menschen attraktiv zu bleiben, aber gleichzeitig auch für Senioren und Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Im Querschnitt bietet das Projekt „Aktionsplan Inklusion“ und die Planungen im ÖPNV-Bereich unter Einbeziehung von demografischen Entwicklungen die besten Erfolgsaussichten, um langfristig auch spürbare Erfolge für die gesamte Bevölkerung und den Wirtschaftsstandort Ostholstein zu generieren. Aufgrund der Synergieeffekte für viele andere vom demografischen Wandel betroffenen Felder bietet sich eine fortlaufende Schwerpunktsetzung auf dem Gebiet des ÖPNV im Rahmen des Querschnittprojekts „Aktionsplan Inklusion“ besonders an. Mit dem sich an die demografischen Gegebenheiten anzupassenden Regionalplan besitzt der Kreis ein gutes Steuerungsmittel, um die Auswirkungen des demografischen Wandels regionengerecht und gruppenspezifisch abzufedern und eine Grundlage für eine frühzeitige und zukunftsweisende infrastrukturelle Verbesserung des Kreisgebiets zu entwickeln. Zeitgleich zählt der Themenschwerpunkt ÖPNV zu den bestehenden Pflichtaufgaben des Kreises und bietet daher auch im Rahmen von engen Ressourcen die besten Aussichten konkrete Erfolge gegen die Auswirkungen des demographischen Wandels erzielen zu können.